SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat

StadtLeben

Nr. 1/2018

Im Interview mit Dana Frohwieser:

„Dresden hat in keiner Schulart den Luxus von Überkapazitäten“

Hendrik Stalmann-Fischer:

LINIE 5 - EINE NEUE BAHN FÜR DIE JOHANNSTADT
Seite 5

Vincent Drews:

FREIE FAHRT? - DAS RADVERKEHRSKONZEPT
Seite 7

Christian Avenarius:

GUTACHTEN ZUM VERSAMMLUNGSRECHT
Seite 9

„Dresden hat in keiner Schulart den Luxus von Überkapazitäten“

Eigentlich sollte die Fortschreibung der Schulnetzplanung bereits im Herbst 2017 durch den Stadtrat beschlossen werden. Nach intensiven Gesprächen mit den Schulen vor Ort, den Lehrer/innen und Eltern, sowie der SPD-Basis stellte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dana Frohwieser, allerdings fest: *„In der jetzigen Form kann der Schulnetzplan nicht verabschiedet werden!“*

Die jetzige Form meinte die von Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) erarbeitete Vorlage zur Fortschreibung der Schulnetzplanung, die den einstigen Referentenentwurf von 2016 zerreißt. Gemeinsam mit den Bildungspolitikerinnen der kooperierenden Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfte Frohwieser mehrere Monate für eine Verbesserung der Vorlage, die der Stadtrat am 25. Januar 2018 so auch beschloss.

Im Gespräch verrät sie, was die Schwachstellen des Schulnetzplanes sind, wo Anpassungen möglich waren und welche Rolle die Universitätsschule in der Dresdner Schullandschaft spielen wird.

In Pieschen entsteht gerade ein neues Schulzentrum. In anderen Stadtteilen fehlt es hingegen an ausreichend Gebäuden. Der Schulnetzplan kann diesen Mangel nicht vollends ausgleichen. Aber er kann Verbesserungen zur aktuellen Situation schaffen.

IM NOVEMBER 2016 WURDE DER REFERENTENENTWURF FÜR DEN SCHULNETZPLAN VORGESTELLT. DIE VORLAGE DER VERWALTUNG FOLGTE IM SOMMER 2017. WIESO DAUERTE ES MEHRERE MONATE BIS DER STADTRAT DARÜBER ENTSCHIED?

„Zunächst einmal hat es vom Referentenentwurf im November 2016 bis zur eigentlichen Vorlage im August 2017 in der Stadtverwaltung neun Monate gebraucht. Die Stellungnahmen der Schulen, Beratungen der Ortsbeiräte und Stadtratsgremien sollten dann aber innerhalb von drei Monaten durchgerissen werden. Da kommt schonmal Misstrauen auf.“

EINER IHRER GRÖSSTEN KRITIKPUNKTE AN DER VORLAGE ZUM SCHULNETZPLAN WAR, DASS MEHRERE FÖRDERSCHULEN UMZIEHEN SOLLEN. WIESO SEHEN SIE DAS SKEPTISCH?

„Weil die Vorschläge nicht mit Verbesserungen für die Förderschulen einhergingen, sondern die Situation derer, die es in unseren Schulen schon schwer genug haben und deshalb besonders gefördert werden sollen, verschlechtert wurden. Hintergrund der Vorschläge war immer nur: Kurzfristig Platz machen für fehlende Grundschulplätze. Die fehlen aber, weil in der Vergangenheit sehenden Auges Fehler gemacht wurden (z.B. 2010 mit der Schließung der 126. Grundschule in Plauen) und es ist auch klar, dass diese kurzfristigen Lösungen zulasten der Förderschüler/innen (z.B. Umzug der Robinsonschule aus Plauen in ein nicht barrierefreies ungeeignetes Gebäude in Pieschen) langfristig auch gar nicht ausreichen.“

WO SAHEN SIE WEITEREN ANPASSUNGSBEDARF?

„Ganz klar: (1.) Dass das Gymnasium Gorbitz aus dem Referentenentwurf wieder gestrichen wurde. Da spricht das Schulverwaltungsamt von „Randlage“. Hallo? Über 300 Kinder aus den Grundschulen im Dresdner Westen wollen jedes Jahr ans Gymnasium. Im maximalen Ausbau reicht das Gymnasium Cotta für 150. Der Rest geht nach Plauen oder in die Altstadt? Der Dresdner Westen hat nur dieses eine städtische Gymnasium, die Ortsämter Plauen, Altstadt und Blasewitz beispielsweise gleich je drei. Gorbitz braucht ein Gymnasium!
(2.) Dass das Schulverwaltungsamt an vielen Stellen damit plant, die Klassen mit 28 Kindern maximal auszureizen, ist unverantwortlich. Die Ausschöpfung der Klassenobergrenze ist kein Planungsinstrument für die Schulnetzplanung. Schon mit den gesetzlich vorgegebenen 25 Kindern sind

Klassen voll, hinzu kommen Gewichtungszuschläge für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Klassen. Deshalb haben wir deutlich mehr Klassen eingeplant, allein im Grundschulbereich zusätzliche neun Züge, um den Schulen endlich Luft zum Atmen zu verschaffen.
(3.) Dass die Vorlage vollkommen das neue Schulgesetz ignoriert hat, macht sprachlos. Keinerlei Vorschlag, wie Dresden sich ab 2018 am Modell der inklusiven Beschulung beteiligen will, wie Kooperationsverbünde aussehen könnten, für die der Freistaat zusätzliche Mittel bereitstellt etc. Hier ist der Schulträger in der Verantwortung und kann nicht darauf warten, dass Schulen, die unter der Menge an Schülern und fehlenden Lehrkräften zusammenbrechen, von sich aus hierfür Konzepte entwickeln."

DIE AKTUELLE ÜBERKAPAZITÄT AN OBERSCHULEN IST DAS RESULTAT EINES VERÄNDERTEN ZUGANGSVERHALTENS ZU WEITERFÜHRENDEN SCHULEN. REAGIERTE DER SCHULNETZPLAN AUF DIESE ENTWICKLUNG?

„Dresden hat in keiner Schulart den Luxus von Überkapazitäten. Wir müssen immer noch Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien neu bauen bzw. wiedereröffnen. Und selbst dann waren allein schon in der Vorlage z.B. bei im Jahr 2022 erwarteten 2.121 Fünftklässlern an Oberschulen rechnerisch nur 49 Plätze frei. Das ist ein Puffer von 2%. Eine Frage: Wenn eine Familie nach Dresden zuzieht oder wenn ein Kind vom Gymnasium an die Oberschule wechseln soll – wo sollen die hin? Auch das ist nämlich eine Folge von verfehlter Schulpolitik. Dresden hat seit Jahren einen hohen aber stabilen Übergang ans Gymnasium – seit 2006 wechseln jedes Jahr ca. 50% der Schüler/innen kommunaler Grundschulen in kommunale Gymnasien. Alle reden über einen Trend zum Gymnasium – Oberschulen werden sträflich vernachlässigt."

FEIERT DAS GYMNASIUM PROHLIS AN DER BOXBERGER STRASSE SEIN COMEBACK?

„Das war die mit Sicherheit schwierigste Frage in der aktuellen Schulnetzplanung. Die SPD hat über viele Jahre für die Wiedereröffnung des 2004 geschlossenen Erich-Wustmann-Gymnasiums gekämpft. Aber wir müssen uns auch eingestehen, wir sind immer wieder gescheitert. Insbesondere auch deshalb, weil im Land der Wille fehlte – und da hat sich meines Erachtens nichts geändert. Und dann machte der Referentenentwurf den Vorschlag, den Schulstandort an der Boxberger Straße für ein Berufsschulzentrum mit Beruflichem Gymnasium zu entwickeln. Mich hat der Vorschlag überzeugt. In Baden-Württemberg beispielsweise kommt gut ein Drittel der Abiturient/innen vom beruflichen Gymnasium, über die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen (Abitur und Fachhochschulreife) wird dort an beruflichen Schulen erworben. Dort beobachtet man beispielsweise, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger zum Abitur kommen als in allgemeinbildenden Gymnasien. Die Verbindung mit berufsbezogenen Inhalten in verschiedenen Fachrichtungen wie Biotechnologie, Sozialwesen, Wirtschaft oder Technik macht berufliche Gymnasien zu einem attraktiven Ausbildungsgang, für den man sich auch deutlich nach der vierten Klasse noch entscheiden kann."

HATTE DIE AKTUELLE BEVÖLKERUNGSPROGNOSE AUSWIRKUNGEN AUF DEN SCHULNETZPLAN?

„Ja. Sie untermauerte nochmals unsere Kritik, dass in der Vorlage des Schulnetzplanes viel zu knapp geplant wurde für eine derart dynamisch wachsende Stadt."

Der Stadtrat beschloss am 17. August 2017 die Gründung der Universitätsschule in der Johannstadt.

DIE SPD-FRAKTION DRESDEN MACHT SICH SEIT NUNMEHR ZWEI JAHREN FÜR DIE GRÜNDUNG DER UNIVERSITÄTSSCHULE STARK. WAS IST DAS BESONDERE DIESES SCHULKONZEPTES?

„Es verbindet viele innovative Formen des Lehrens, Lernens und Zusammenlebens, die im Einzelnen an vielen freien Schulen in Deutschland und auch in Dresden schon gelebt werden. Es wird jahrgangsübergreifend, fächerverbindend und ganztägig gelernt – in Gruppen und an konkreten Projekten. Leistungsrückmeldungen erfolgen individuell, aber ohne Noten. Dieses gleichzeitig individualisierte und kooperative Lernen soll mit den modernen technischen Möglichkeiten unterstützt und medienpädagogisch begleitet werden. Also weniger klassisches Schulbuch, mehr Befähigung zu einem sinnvollen Umgang mit modernen Medien. Gleichzeitig sind aber auch Mehrsprachigkeit und das Grundverständnis, dass diese Schule jedes Kind mitnimmt, egal ob es einen sonderpädagogischen Förderbedarf hat, aus einem anderen Land stammt, arme oder reiche Eltern hat..., Ausgangspunkt dieser Schule."

GIBT ES ÄHNLICHE KONZEPTE IN ANDEREN GROSSSTÄDTEN DEUTSCHLANDS? WENN JA, WIE IST DIE RESONANZ?

„Deutschland kennt eine unglaubliche Bandbreite pädagogischer Konzepte – sehr viele sind Alltagspraxis in Freien Schulen und fußen in unterschiedlichen Formen auf reformpädagogischen Ansätzen aus den 1920er Jahren, sei es Jena-Plan-, Montessori-, Freinet-, Waldorfpädagogik... Es wird aber Zeit, diese nachhaltig ins staatliche Schulsystem zu übertragen. Die Laborschule Bielefeld gibt es als Schule des Landes Nordrhein-Westfalen schon seit Mitte der

1970er Jahre. Aber so weit müssen wir gar nicht schauen: In Leipzig gibt es schon seit 1991 die NaSch – Nachbarschaftsschule als kommunale Schule von Klasse 1 bis 10 und in Chemnitz das Chemnitzer Schulmodell. Innovativ wäre Dresden aber ganz sicher beim Thema Digitalisierung der Schule."

IN FÜNF JAHREN WIEDERHOLT SICH DAS PROZEDERE. DANN WIRD DER SCHULNETZPLAN ERNEUT ANGEPASST. WAS KANN IHRER MEINUNG NACH VON SEITEN DER VERWALTUNG VERBESSERT WERDEN, UM DIE BERATUNGEN IN DEN AUSSCHÜSSEN ZU VEREINFACHEN?

„Ich glaube nicht, dass dieser Schulnetzplan unverändert fünf Jahre lang Bestand haben kann. Die Herausforderungen, das dynamische Wachstum in unserer Stadt, die Themen Integration von Zugewanderten und Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden kurzfristige Anpassungen nötig machen. Da würde schonmal helfen, wenn die Verwaltung beim nächsten Mal MIT den Betroffenen (Schulen, Eltern, ...), den Ortsbeiräten und Ausschüssen zusammenarbeitet und nicht nur stoisch ihre Vorlage verteidigt."

Dana Frohwieser
Bildungspolitische Sprecherin

ZWISCHENBILANZ

„Dresden investiert in die Köpfe der Zukunft"

Der Schlüssel für die Zukunft Dresdens sowie deren Einwohnerinnen und Einwohner ist Bildung.

Für die vergangene Kommunalwahl hatte die SPD Dresden ein Programm für die Jahre 2014 - 2019 formuliert, in dem auch das Thema „Schulen" umfassend Aufmerksamkeit erhielt:

„Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eine Schule gut funktioniert, liegt in städtischer Hand: Der bauliche Zustand der Schulen und deren Ausstattung, aber auch die Bereitstellung von ausreichend Mitteln für Lehrmaterialien. Ob genügend Platz für alle Kinder ist, ob die Räume den fachlichen Anforderungen genügen und nicht zuletzt, ob sich die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schule wohl fühlen, hängt zu einem guten Teil von den baulichen Voraussetzungen ab. Hier gibt es nach wie vor viel zu tun. Auch haben wir die Notwendigkeit des Neubaus von Schulen erkannt. Wir setzen uns für mehr Schulplätze ein, statt für immer größer werdende Klassen."

Drei Jahre später konnten bereits eine Vielzahl der Ideen umgesetzt oder auf den Weg gebracht werden.

Unsere Erfolge

√ Ausbau der Schulsozialarbeit
√ deutliche Erhöhung der Schulbauinvestitionen (221 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2017/18)
√ Umfassende Schulsanierungen (u.a. die 39., 49., 117. Grundschule, 46. Oberschule, das Dreikönigsgymnasium, ab 2018 auch Gymnasium Plauen)
√ Erhaltung eines dichten Schulnetzes in Dresden
√ Schulnetzplan berücksichtigt Anforderungen an inklusive Bildung
√ Barrierefreiheit von Schulgebäuden voranbringen
√ wieder ein Gymnasium in Gorbitz
√ Zuständigkeiten von Kita über Schule bis Jugendhilfe in einem Geschäftsbereich Bildung zusammengeführt. Ausschuss für Bildung geschaffen (Schule ist nicht mehr Allgemeine Verwaltung, Kita nicht mehr Soziales, sondern Bildung)
√ zur Beratung von Verwaltung und Politik ein mit hochkarätigen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Praxis besetzten Bildungsbeirat geschaffen
√ Sanierung von Sanitäranlagen von Schulen, die noch auf eine Komplettsanierung warten müssen (z.B. 19., 30., 51. Grundschule, 25. und 128. Oberschule, BSZ für Dienstleistung und Gestaltung)
√ Unterstützungs- und Beratungsangebote für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
√ zusätzliches pädagogisches Personal für Horte mit besonderen sozialen Herausforderungen (Aufwachsen in sozialer Verantwortung)

In Arbeit

- ein gesundes und kostenfreies Mittagessen für alle
- alle Schüler/innen voran bringen, Schulabbruch reduzieren
- Perspektive für den Schulstandort Boxberger Straße in Prohlis
- musikalische Bildung im Kita- und Grundschulalter ausbauen

Die Linie 5 -
Eine neue Straßenbahn für die Johannstadt

Die Erwartungen an die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs in Dresden sind hoch. Mit dem Grundtakt von 10 Minuten wird ein attraktiver Takt der Straßenbahn- und Buslinien im Gebiet des Stadtzentrums angeboten. Steigende Fahrgastzahlen bringen allerdings den Nahverkehr zunehmend an seine Kapazitätsgrenze, wie bereits die Buslinien 61 und 62 erfahren mussten. Hinzu kommt die aktuelle Bevölkerungsprognose, die von einem deutlichen Zuwachs der Einwohnerinnen und Einwohner in den nächsten Jahren für Dresden ausgeht und eine Anpassung der Verkehrsplanung unabdingbar macht.

Vom Bus zurück zur Straßenbahn

Mit dem weitreichenden Stadtbahn-2020 Projekt ist die Umstellung der Buslinie 61 auf die Straßenbahn bereits in vollen Zügen. Mit dem Umbau einzelner Teilabschnitte wurde längst begonnen, andere befinden sich noch in der Planung. Auch der Bau einer Straßenbahnlinie auf der heutigen Buslinie 62 wird schon länger diskutiert. Diese könnte wichtige Lücken im Dresdner Straßenbahnnetz schließen sowie einen bedeutenden Impuls für die Entwicklung einzelner Stadtteile geben. *„Derzeit erfolgen viele Weichenstellungen für die Johannstadt: Ein neues Stadtteilzentrum, zahlreiche Wohnungsbauprojekte und Förderprogramme für das soziale Miteinander, mit denen auch der Bönischplatz endlich saniert werden kann. Es bleiben jedoch Mängel, die wir angehen müssen: Fehlende Parkplätze und barrierefreie Haltestellen, überfüllte Busse sowie die Sanierung von Straßen. Das Straßenbahnprojekt und die damit verbundene Neugestaltung der Pfotenhauerstraße können aus meiner Sicht mehrere Probleme gleichzeitig lösen und die Johannstadt fit für die nächsten Jahrzehnte machen“,* sagt Hendrik Stalmann-Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Volle Reihen bei der Informationsveranstaltung der SPD-Fraktion zur Straßenbahnlinie 5 im Herbst 2017.

Die Strecke von Plauen nach Johannstadt ist ein Herzensanliegen der SPD-Fraktion

Bereits im Jahr 2010 hatte der Stadtrat einen Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, ein Gesamtpaket zur Straßenbahnnetzerweiterung aufzustellen. Insbesondere die Planungen für die Strecke Johannstadt - Zentrum - Plauen sollten damit vorangebracht werden. Inzwischen wurde die Aufnahme der Stadtbahntrasse für die zukünftige „Straßenbahnlinie 5“ in das Bundesprogramm „Stadtbahn 2020“ beantragt. Somit konnten auch die Planungen für das Projekt wieder aufgenommen werden. Um betroffene Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig und umfassend über die neue Bahntrasse zu informieren, hatte die SPD-Stadtratsfraktion im Herbst 2017 zu der Informationsveranstaltung „Linie 5 – Eine neue Bahn für die Johannstadt“ eingeladen. Fragen zu den Planungen der Trasse, einer möglichen Bürgerbeteiligung oder der zeitlichen Inbetriebnahme der neuen Linie wurden von Hendrik Stalmann-Fischer und Andreas Hoppe, Leiter der DVB-Verkehrsplanung, während der zweistündigen Veranstaltung beantwortet. Inzwischen hat die DVB zwei Bürgerworkshops veranstaltet und untersucht unter dem Arbeitstitel „Linie 5“ erste Varianten zum Verlauf der Trasse. Eine Möglichkeit wäre, die Linie am Haltepunkt Plauen beginnen und über Altplauen und die Chemnitzer Straße bis ins Stadtzentrum führen zu lassen. Von hier könnte sie dann weiterverkehren über die Pillnitzer- und die Güntzstraße bis zum Endpunkt am alten Gleisdreieck an der Pfotenhauer Straße. Sobald die Planungen für die Linie 5 abgeschlossen sind, möchte die SPD-Fraktion erneut zu einer Informationsveranstaltung einladen, um diese vorzustellen. *„Wir werden unser Versprechen halten, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über geplante Entwicklungen zu informieren und mit ihnen zu diskutieren, damit es im Nachgang nicht zu Konflikten kommt“*, sagt Stalmann-Fischer abschließend.

Hendrik Stalmann-Fischer
Sprecher für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Was ist los am Elbhang?

Mangelnde Parkplätze, marode Straßen & anstehende Investitionen

Seit Jahren stellt das Parken eine große Herausforderung im gesamten Ortsamtsgebiet Loschwitz dar. Mit dem Wegfall des Park & Ride Platzes am Ullersdorfer Platz im Jahr 2014 hat sich die Parkplatzsituation in Loschwitz verschlimmert. Damals hatte der Stadtrat den Bau eines neuen Parkplatzes an der Ecke Grundstraße/ Sohlander Straße beschlossen. Doch bis heute ist das Vorhaben durch die Stadtverwaltung nicht umgesetzt. Bei Anwohnern, Händlern und Pendlern wächst das Unverständnis. Zudem fehlt noch immer ein Parkraumkonzept für Loschwitz, mit dem der Bedarf an Stellflächen ermittelt werden könnte. Das Parken ist aber nicht das einzige Problem am Elbhang: Marode Straßen und kaputte Fußwege tragen zum Unmut der Bevölkerung bei. Hinzu kommen Lücken bei der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen.

Diskussionsveranstaltung mit dem Baubürgermeister

Um die Probleme vor Ort offen anzusprechen, lud die SPD-Fraktion im vergangenen Herbst in das Ortsamt Loschwitz zu einer Einwohnerversammlung unter dem Motto „Was ist los am Elbhang?“. Und das Interesse war groß! *„Die Infrastruktur des Stadtteils beeinflusst die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. In Loschwitz sind die Verhältnisse nach den Entwicklungen der letzten Jahre stark verbesserungsbedürftig, vor allem weil es der Dresdner Stadtverwaltung nicht gelungen ist, die Probleme vor Ort zu lösen. Wie und wann die aktuelle Parksituation behoben und die maroden Straßen saniert werden, war unter anderem Inhalt der Veranstaltung“*, erklärt Kristin Sturm, SPD-Stadträtin und Loschwitzer Ortsbeirätin.
Warum es so schwer ist, Projekte im Ortsamtsgebiet Loschwitz umzusetzen, fragte die Sozialdemokratin den Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), der neben ihr und drei ansässigen Bürgerinitiativen das Podium komplettierte. Aber auch die Bürgervertretung Bühlau, die Initiative zur Verkehrsberuhigung in Loschwitz und der Verschönerungsverein Weißer Hirsch sowie die Bürgerinnen und Bürger nutzen die Möglichkeit, Fragen an den Baubürgermeister zu stellen. Doch nicht nur das Parkproblem am Elbhang und die Umgestaltung des Ullersdorfer Platzes wurden thematisiert. Vielmehr zeigte sich, dass das Ortsamtsgebiet viele kleinteilige Probleme im Bereich Verkehr hat. Neben dem gesperrten Eschdorfer Weg wurden beispielsweise auch die Schulwegsituation der Hutbergstraße, das Parkplatzproblem im Dorfkern Loschwitz sowie die gewünschte Einbahnstraßenregelung auf dem Weißen Hirsch angesprochen.

Verkehrsverbesserungen brauchen Zeit

Die Aussicht für eine zeitnahe Verbesserung der Verkehrssituation im gesamten Ortsamtsgebiet wies Schmidt-Lamontain während der über zweistündigen Diskussion jedoch zurück. Vor allem, weil bei Verkehrsverbesserungen vorab Varianten zur Neuorganisation des Verkehrsraumes untersucht werden müssen. Das braucht Zeit. Zugleich fehlt es in der Verwaltung an Personal, was die Bearbeitung von Bebauungsplänen verzögert. Seitdem der Stadtrat 2016 beschloss, den Ullersdorfer Platz zu verbessern, laufen die verkehrstechnischen Untersuchungen. Und auch für die anderen Probleme sind leider keine schnellen Lösungen in Sicht. *„An den Sachverhalten dran bleiben und sich aktiv einbringen, bleibt meine oberste Devise. Mit kleineren Sofortmaßnahmen kann des Öfteren auch etwas bewegt werden“*, sagt Kristin Sturm abschließend.

Kristin Sturm
Stadträtin für das Ortsamtsgebiet Loschwitz

Freie Fahrt?
Erste Maßnahmen des Dresdner Radverkehrskonzeptes umgesetzt

Wie lassen sich Konflikte zwischen Rad- und Autofahrer/innen in der Neustadt zukünftig vermeiden? Um diese Frage zu beantworten, hatte das Herbert-Wehner-Bildungswerk im Oktober 2017 zu einer „Bürgerversammlung zum Radverkehr in der Neustadt“ geladen. Mit auf dem Podium saß SPD-Stadtrat Vincent Drews. Er plädierte für ein Gesamtkonzept des Radverkehrs vom Alaunpark über den Albertplatz und die Albertstraße bis zum Elberadweg. Denn *„gerade in der Neustadt müssen wir zu einer Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer/innen kommen. Dazu gehören mindestens Radwege an allen Hauptstraßen, aber auch verkehrsberuhigte Bereiche in der Äußeren Neustadt“*, erklärt Drews, der für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften sitzt.

Innenstädtischer Fahrradverkehr weist viele Lücken auf

Doch nicht nur das Dresdner Szeneviertel ist mit dem Fahrrad unterwegs. Immer mehr Dresdnerinnen und Dresdner nutzen das flexible, kostengünstige und emissionsarme Verkehrsmittel, auch wenn die Radwegeverbindungen im Stadtgebiet noch nicht durchgängig ausgebaut sind und viele Lücken aufweisen. Lücken, auf die auch ein erhöhtes Unfallaufkommen von Radfahrerinnen und Radfahrern zurückzuführen ist. In keiner anderen deutschen Großstadt gibt es so viele (Schwer-)Verletzte Radfahrer/innen wie in Dresden.

Mehrere hundert Maßnahmen geplant

Auch für die Stadtplaner/innen rückt das Fahrrad immer mehr in den Mittelpunkt. Mit dem Radverkehrskonzept, welches der Dresdner Stadtrat im Frühjahr 2017 beschlossen hatte, liegt nun eine Planungsgrundlage zur Schließung dieser Lücken vor. Neben der Verbesserung der Verkehrssicherheit beinhaltet das Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Dresden auch die Entwicklung des Hauptroutennetzes sowie Teilkonzepte zum Fahrradparken und zu Bike & Ride. Bis zum Jahr 2025 sind dazu insgesamt über 500 konkrete Bauarbeiten geplant. Zahlreiche dieser Maßnahmen sind kleinere Anpassungen. Neue Netzelemente hängen jedoch am Straßenausbau, da zahlreiche Lücken im Netz auf unsanierte Straßen zurückzuführen sind. Mehrere Monate nach dem Stadtratsbeschluss konnten an vielen Stellen im Stadtgebiet bereits ersten Maßnahmen für eine aktive Radverkehrsförderung umgesetzt werden. Weitere Einzelvorhaben im Rahmen des Radverkehrskonzeptes folgen 2018, auch für die Neustadt.

Die Neustadt auf dem Weg zur fahrradfreundlichen Stadt

Auf der Albertstraße zwischen Carolaplatz und Albertplatz soll beispielsweise ausreichend Platz für Radfahrerinnen und Radfahrer entstehen, indem die stadtauswärtige Richtung auf eine Spur minimiert wird. Die Zweispurigkeit für den Autoverkehr in Richtung Innenstadt soll gleichzeitig beibehalten werden. Am Albertplatzkreisel wird ein extra Radfahrstreifen eingeführt, so dass der Fußweg dann ausschließlich für Passanten/innen vorgesehen ist. Der Baubeginn ist für das dritte Quartal 2018 geplant. Auch am Bischofsplatz soll der Radverkehr zukünftig in alle Richtungen sicher über die Kreuzung geführt werden. Nach mehreren Unfällen reagierten die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im vergangenen Sommer mit einem Antrag an die Stadtverwaltung, der vorsah, den Radverkehr am Bischofsplatz kurzfristig zu verbessern. Außerdem soll der Radweg an der Bautzner Straße zwischen Albertplatz und Hoyerswerdaer Straße noch in diesem Jahr ausgebaut werden.

Finanziert werden viele Projekte aus dem Topf für kommunalen Straßenbau des Freistaates. *„Mit dem neuen Konzept können wir nun endlich zuversichtlich sein, dass Dresden einer Gleichberechtigung der unterschiedlichen Verkehrsmittel deutlich näherkommt. Das wird in einer wachsenden Stadt mit beschränktem Platz nicht ohne Einschränkungen gehen. Aber es ist nötig, um das Ziel einer fahrradfreundlichen Stadt zu erreichen“*, erklärt Vincent Drews abschließend.

Vincent Drews
Stadtrat für die Neustadt und Pieschen

Der Schutz von Kindern muss im Mittelpunkt stehen

SPD-Fraktion für Änderung der Polizeiverordnung

Der Dresdner Stadtrat hat am 25. Januar 2018 eine Änderung der Polizeiverordnung beschlossen. Als wichtigste Maßnahme sieht die Vorlage aus dem Geschäftsbereich „Ordnung und Sicherheit“ ein Verbot des Bettelns durch und mit Kindern vor.
Anstoß für das Tätigwerden der Stadtverwaltung war eine zunehmende Zahl an bettelnden Kindern unter 14 Jahren

Christian Seidel / pixelio.de

in Dresden, die zumeist Großfamilien aus der Slowakei angehören und regelmäßig im Zentrum dem Betteln nachgehen. Da die Familien keinen Wohnsitz in Dresden angenommen haben, unterliegen die Kinder keiner Schulpflicht in Deutschland. Durch das Betteln sollen die Kinder anteilig zum Lebensunterhalt ihrer Großfamilien beitragen.

„Für uns steht das Kindeswohl an alleroberster Stelle“, sagt Dr. Christian Bösl, Mitglied im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit. *„Kinder gehören in die Kita, in die Schule, ins Kinderzimmer oder auf den Spielplatz, sie gehören definitiv nicht frierend und bettelnd in die Prager Straße. Wenn Eltern dies nicht einsehen wollen, muss die Stadt handeln.“* Mit der Neuregelung werden die betroffenen Kinder nicht kriminalisiert, da Kinderbetteln auch zukünftig keine Straftat darstellt.

Hilfen für bettelnde Kinder und deren Familien

Da ein Verbot allein jedoch nicht ausreicht, es vielmehr auch Hilfsangebote braucht, hat die SPD-Fraktion in der Stadtratssitzung am 25. Januar 2018 einen entsprechenden Begleitbeschluss eingebracht, in dem Hilfen für bettelnde Kinder und deren Familien festgeschrieben sind. Hierzu zählen neben der Ausdehnung der Sozialarbeit für betroffene Familien auch spezielle Angebote sowie ein niederschwelliges Konzept für den Zugang der bettelnden Kinder zu kommunalen Schulen.
Das sah auch eine Mehrheit im Stadtrat so und stimmte nach einer langen Diskussion schließlich der Änderung der Polizeiverordnung und dem Begleitbeschluss der SPD-Fraktion zu.

Dr. Christian Bösl
Sprecher für Allgemeine Verwaltung

Veranstaltungsvorschau

Digitalpakt Schule?! - Bildung in der digitalen Welt

Montag, 14. Mai 2018,
18.00 - 20.00 Uhr
Mensa, Reichenbachstraße 1

Moderation:
Dana Frohwieser

Referenten:
Sabine Friedel
Mitglied des Sächsischen Landtages (SPD)
Sprecherin für Bildungspolitik
TU Dresden
u.w.

Regionale Produkte online kaufen - Eine Chance für den Dresdner Handel?

Dienstag, 22. Mai 2018,
19.30 - 21.30 Uhr
Kulturrathaus, Königstraße 15

Moderation:
Kristin Sturm

Referenten:
Atalanda GmbH
u.w.

Das Gutachten zum Versammlungsrecht ist eine positive Herausforderung an uns alle

10.02.2018: Fraktionsvorsitzender Christian Avenarius neben den Versammlungsleitern Superintendent Behr und Dr. Klose (v.l.n.r.)

17.02.2018: Christian Avenarius war diesmal gemeinsam mit Superintendent Nollau selbst Versammlungsleiter.

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht und für den politischen Willensbildungsprozess unverzichtbar. In Dresden ist die Veranstaltungs- und Versammlungsbehörde für die Koordinierung aller Veranstaltungen und Versammlungen zuständig. Sie stand in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit den PEGIDA-Demonstrationen häufig in der Kritik. Insbesondere wurde ihr vorgeworfen, PEGIDA in unrechtmäßiger Weise zu bevorzugen und Gegenproteste zu behindern.

Anhörung im Stadtrat

Um eine möglichst rasche Aufklärung der Vorwürfe zu ermöglichen, hatte die SPD-Fraktion am 4. November 2016 einen Antrag eingereicht, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werden sollte, bis Ende 2017 eine Anhörung von Sachverständigen vor dem Stadtrat herbeizuführen. Gegenstand der Anhörung sollte vor allem die Bewertung der bisherigen Praxis der Gestaltung des Versammlungsgeschehens in Dresden seit Oktober 2014 bei Kundgebungen und Demonstrationen von und gegen PEGIDA sein. Hierbei sollte nicht nur die Frage der Rechtsmäßigkeit der Entscheidungen und des weiteren Verhaltens der Versammlungsbehörde einer Prüfung unterzogen werden, sondern auch, ob die Versammlungsbehörde beim Umgang mit PEGIDA möglicherweise mit zweierlei Maß gemessen und deshalb scheinbar den Gegenprotest benachteiligt hat. Diese Anhörung konnte wegen juristischer Bedenken der Landesdirektion nicht durchgeführt werden. Deswegen hatte Oberbürgermeister Dirk Hilbert zwei renommierte Experten, Prof. Dr. Ralf Poscher von der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg und Herrn Staatsrat a.D. Michael Kniesel, vormals Polizeipräsident in Bonn, mit einer schriftlichen Begutachtung des Handelns der Versammlungsbehörde beauftragt.

Das Gutachten verlangt nach Gegenprotest

Das Gutachten liegt nun vor. Trotz einiger Kritikpunkte konnten die beiden Sachverständigen keine systematischen oder gar grundsätzlichen Fehler der Verwaltungspraxis feststellen. *„Es ist beruhigend, dass das Gutachten die Dresdner Versammlungsbehörde vom Vorwurf entlastet, systematisch rechtswidrig gehandelt zu haben. Das Gutachten verlangt von der Versammlungsbehörde aber auch, Gegenprotest in deutlich weiterem Umfang zu ermöglichen als bisher. Insofern ist es eine positive Herausforderung für die Stadtverwaltung ebenso für die Dresdnerinnen und Dresdner. Ein wenig schade ist nur, dass die Sachverständigen nicht die Gelegenheit für Gespräche mit unterschiedlichen Anmeldern gefunden hatten. Damit hätten sie sich ein noch umfassenderes Bild machen können“*, so der Fraktionsvorsitzende der SPD, Christian Avenarius.

Protestkundgebungen in Gedenken an den 13. Februar

Die weitere Entwicklung des Versammlungsgeschehens in Dresden gibt Anlass zum Optimismus, dass die Botschaft des Gutachtens bei der Dresdner Versammlungsbehörde angekommen ist. So hatten die Verantwortlichen der Dresdner „Arbeitsgemeinschaft 13. Februar“ keinerlei Schwierigkeiten gemacht, Protestkundgebungen gegen die Neonazi-Demonstrationen am 10. und 17. Februar 2018 durchzuführen und sich im Umgang mit den Versammlungsleitern jeweils ausgesprochen kooperativ verhalten. In den Vorjahren hatte sich die Behörde zwar auch korrekt, aber deutlich unflexibler gezeigt. Über diese erkennbare Verhaltensänderung hinaus ist positiv hervorzuheben, dass auch der Gegenprotest der „AG 13. Februar“, die ein sehr breites demokratisches Spektrum von der CDU bis zur LINKEN repräsentiert, ebenso selbstverständlich geworden ist, wie die persönliche Beteiligung des Oberbürgermeisters und der Fachbürgermeister/innen.

Christian Avenarius
Sprecher für Ordnung und Sicherheit

SPD-Fraktion kritisiert endlose Verzögerungen beim Ratskeller

„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, im Zuge der Fertigstellung des 1. Bauabschnitts zur Sanierung des Rathaus dem Stadtrat bis zum 30. Juni 2015 konkrete Vorschläge zur künftigen Nutzung des Ratskellers zum Beschluss vorzulegen“, hieß es in einem Antrag der SPD-Fraktion vom 30. Januar 2015 zum Ratskeller, den der damalige Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften im Frühjahr 2015 so auch beschlossen hatte.

Umsetzung des Beschlusses lässt auf sich warten

Sechs Beschlusskontrollen und über zwei Jahre später wurden dem Stadtrat allerdings noch immer keine konkreten Vorschläge zur künftigen Nutzung des Ratskellers vorgelegt. Stattdessen steht in der jüngsten Beschlusskontrolle der Stadtverwaltung vom 20. November 2017 geschrieben, dass der aktuelle Planungsprozess daraufhin ausgerichtet war, *„nach Abschluss der notwendigen Sanierungsmaßnahmen bis ca. März 2018 eine Wiederinbetriebnahme des Ratskellers für ex- und interne Veranstaltungen (für bis zu 400 Personen) zu erreichen. Auf Grund von Kapazitätsproblemen der Bauindustrie ist eine Terminverschiebung erforderlich geworden“.*

Gastronomische Nutzung des Ratskellers unwahrscheinlich

Vor allem die SPD-Fraktion kämpft für eine Wiedereröffnung. Thomas Blümel, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Dresden, kritisiert, dass dieses traditionsreiche Lokal seit 15 Jahren geschlossen vor sich hindämmert, nachdem die Stadt den bei der Flut 2002 beschädigten Ratskeller für rund 1,5 Millionen Euro saniert hatte. *„Der Dresdner Ratskeller ist anscheinend der kleine Bruder des Berliner Flughafens. Die Stadtverwaltung soll endlich die Beschlüsse des Rates erfüllen und nicht immer neue Ausreden erfinden“*, sagt er.

Endgültig vom Tisch scheint jedoch die Idee eines Restaurants oder einer Kantine für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu sein. Bisher ist es keinem potenziellen Betreiber gelungen, mit einem schlüssigen Konzept zu überzeugen. Und das, obwohl das Lokal zu DDR-Zeiten und auch nach der Wende ein beliebter Anlaufpunkt war. Bis zum Frühjahr 2018 werden im Untergeschoss der Gebäudesüdseite Bauarbeiten durchgeführt. Mit Fertigstellung dieser soll das historische Gewölbe lediglich noch als Versammlungsstätte für Tagungen und Konferenzen genutzt werden. Speisen und Getränke werden dann durch einen Caterer angeboten.

Thomas Blümel
Finanzpolitischer Sprecher

IMPRESSUM

„StadtLeben“ ist ein Informationsblatt der

SPD-Fraktion im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Raum 1 I 207

spd-fraktion@dresden.de
www.spd-fraktion-dresden.de
Facebook: SPD-Fraktion Dresden

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Fraktion. Sie darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

V.i.S.d.P.: Christian Avenarius

Bildnachweis:

Imagebild Dresden:	SPD-Fraktion Dresden
Titelbild:	SPD-Fraktion Dresden
Artikelbilder:	SPD-Fraktion Dresden
Porträts:	Robert Michael
Wahlkreise Dresden:	Themstadtplan/ Amt für Geodaten und Kataster
Pixelio: „Sin dinero (kein Geld)“	Christian Seidel/ pixelio.de

Druckauflage: 1.000 Stück

Einen Blick zurück

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dana Frohwieser, begrüßt Roland Kaiser im Namen der gesamten Fraktion.

Roland Kaiser trägt sich in das Buch der Stadt Dresden ein, nachdem ihm die Ehrenmedaille überreicht wurde.

Nach der Verleihung: Roland Kaiser, Monika Dressler, Thomas Blümel & Christian Avenarius (v.l.n.r.)

27. Oktober 2017:

Ende Oktober wurde **Roland Kaiser** mit der Ehrenmedaille der Stadt Dresden für sein Engagement geehrt. Kurz vor dem offiziellen Festakt der Stadt war er zu Gast in den Fraktionsräumen der SPD. Die Ehrung erhielt der Schlagersänger auf Vorschlag einer Dresdnerin, die zu seinen treuesten Fans gehört und die ihn auch bei seinem sozialen Engagement seit langem unterstützt.

Kristin Sturm

Peter Bartels

Dr. Christian Bösl

01. Dezember 2017:

Anlässlich des Welt-Aids-Tages und des 25-Jährigen Bestehens der Dresdner Beratungsstelle für AIDS und sexuell übertragbare Infektionen hat die Landeshauptstadt Dresden zu der Foto-Aktion „**Dresden zeigt Schleife**“ aufgerufen, an der sich auch die SPD-Fraktion beteiligte. Für jedes auf Facebook gepostete Foto wurde 1 € an den AIDS-Hilfe Dresden e.V. gespendet.

Über 30 Dresdnerinnen und Dresdner nahmen das Gesprächsangebot an.

Im persönlichen Gespräch wurde vermehrt Kritik zu der Straßen- und Fußwegsituation geäußert.

Im Nachgang wurden zu den einzelnen Anliegen Anfragen an die Verwaltung gestellt.

15. Januar 2018:

„Auf ein Wort“ hieß es im Januar zur Bürgersprechstunde von Kristin Sturm. Dresdnerinnen und Dresdner der Stadtteile Weißer Hirsch, Bühlau, Loschwitz, Wachwitz, Hosterwitz und Pillnitz sowie der angrenzenden Ortschaften waren herzlich eingeladen mit der Stadträtin über Anregungen und Probleme zu ihren Stadtteilen, aber auch zu Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und Sport, ins Gespräch zu kommen.

Gemeinsam für ein starkes und soziales Dresden

Christian Avenarius

Fraktionsvorsitzender

Ansprechpartner für Anliegen der Wahlkreise 4 + 8

Sprecher für Ordnung und Sicherheit, Gesundheitspolitik

christian.avenarius@
spd-fraktion-dresden.de

Dana Frohwieser

Stellvertretende Vorsitzende

Ansprechpartnerin für Anliegen der Wahlkreise 9 + 10

Sprecherin für Bildung und Kindertagesstätten, Gleichstellung

dana.frohwieser@
spd-fraktion-dresden.de

Kristin Sturm

Beisitzerin im Vorstand

Ansprechpartnerin für Anliegen des Wahlkreises 5

Wirtschafts- & Tourismus-politische Sprecherin

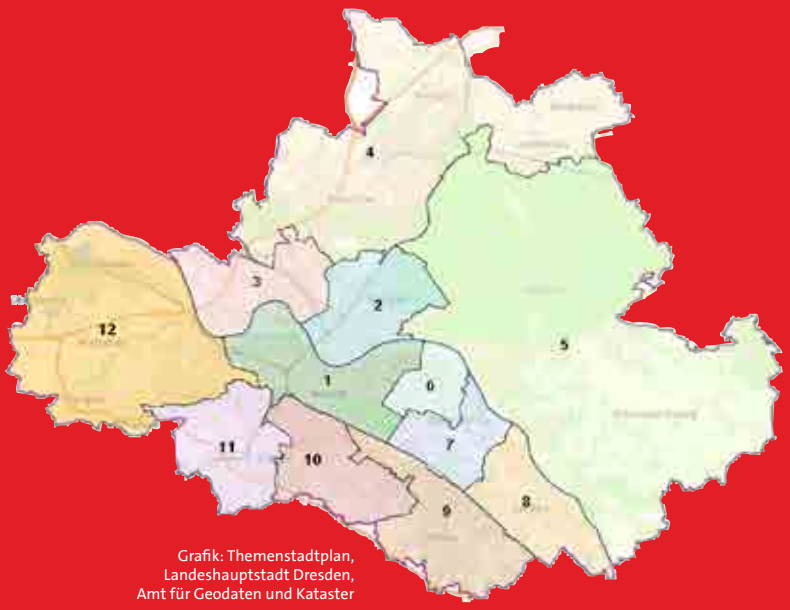
kristin.sturm@
spd-fraktion-dresden.de

Thomas Blümel

Ansprechpartner für Anliegen des Wahlkreises 7

Finanz- & Sportpolitischer Sprecher

thomas.bluemel@
spd-fraktion-dresden.de



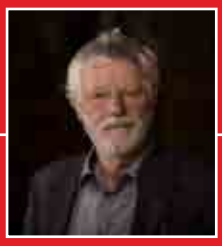
Grafik: Themenstadtplan, Landeshauptstadt Dresden, Amt für Geodaten und Kataster

Dr. Christian Bösl

Ansprechpartner für Anliegen des Wahlkreises 6

Sprecher für Allgemeine Verwaltung, Digitales & Europa

christian.boesl@
spd-fraktion-dresden.de



Peter Bartels

Ansprechpartner für Anliegen des Wahlkreises 12

Sprecher für Wohnungs- & Umweltpolitik

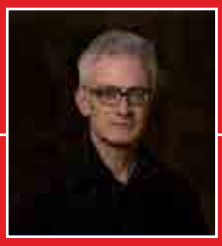
peter.bartels@
spd-fraktion-dresden.de

Vincent Drews

Ansprechpartner für Anliegen der Wahlkreise 2 + 3

Sprecher für Sozial- & Integrationspolitik

vincent.drews@
spd-fraktion-dresden.de



Wilm Heinrich

Ansprechpartner für Anliegen des Wahlkreises 11

Kulturpolitischer Sprecher

wilm.heinrich@
spd-fraktion-dresden.de

Hendrik Stalmann-Fischer

Ansprechpartner für Anliegen des Wahlkreises 1

Sprecher für Stadtentwicklung, Bau & Verkehr

hendrik.stalmann-fischer@
spd-fraktion-dresden.de